



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Sabine Zimmermann
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anette Kramme

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
Postanschrift: 11017 Berlin

Tel. +49 30 18 527-2660

Fax +49 30 18 527-2664

buero.kramme@bmas.bund.de

Berlin, 1. April 2021

Schriftliche Frage im März 2021

Arbeitsnummer 414

Sehr geehrte Frau Kollegin,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Schriftliche Frage im März 2021

Arbeitsnummer 414

Frage Nr. 414:

Wie viele Arbeitsplätze sind nach Kenntnis der Bundesregierung bislang durch die Corona-Pandemie verloren gegangen/ und mit wie vielen weiteren Arbeitsplatzverlusten durch Corona rechnet die Bundesregierung für die Zukunft (bitte nach insgesamt und den fünf hauptsächlich betroffenen Wirtschaftsabteilungen differenzieren)?

Antwort:

Der Corona-Effekt auf die Beschäftigung lässt sich abschätzen, indem deren Entwicklung in den Monaten seit Beginn der Pandemie mit der in den entsprechenden Vorjahresmonaten verglichen wird. Bezüglich des nach derselben Methode berechneten Corona-Effekts auf die Arbeitslosigkeit ist zu beachten, dass der Erfassungszeitpunkt bei der Beschäftigung - anders als bei der Arbeitslosigkeit - am Monatsende liegt. Erste Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu deren Eindämmung, die Mitte März des Jahres 2020 getroffen wurden, zeigen sich daher bereits in den Beschäftigungsdaten vom März 2020. Der Corona-Effekt auf die Beschäftigung wird daher im Vergleich zum Februar errechnet.

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit ergibt sich für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Dezember 2020 insgesamt ein Effekt von -477.000 Beschäftigten. Endgültige Daten liegen erst nach einer Wartezeit von sechs Monaten vor, so dass für die Monate September bis Dezember 2020 hochgerechnete Werte verwendet werden. Aus methodischen Gründen liegen diese hochgerechneten Daten allerdings in der Regel nicht auf Ebene von Wirtschaftsabteilungen vor, sondern auf Ebene von Wirtschaftszweigen oder Aggregaten von Wirtschaftszweigen.

Die am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige waren das „Gastgewerbe (I)“ mit -138.000 und das „Verarbeitende Gewerbe (C)“ mit -128.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Darunter entfielen allein auf die Metall- und Elektroindustrie sowie Stahlindustrie (Wirtschaftsabteilungen 24-30, 32, 33) -93.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wobei hier die Beschäftigungsrückgänge aufgrund von konjunktureller Eintrübung und strukturellem Wandel bereits vor über einem Jahr begonnen haben. Des Weiteren verzeichneten die „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (N, ohne Arbeitnehmerüberlassung 782 und 783)“ mit -60.000, der „Handel, Instandhaltung und

Reparatur von Kfz (G)“ mit -55.000 sowie die „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen; Kunst, Unterhaltung und Erholung; private Haushalte (R, S, T)“ mit -42.000 hohe Effekte.

Für die geringfügige Beschäftigung insgesamt errechnet sich analog ein Corona-Effekt für Dezember 2020 von -526.000 Beschäftigten. Dabei gehen -300.000 zu Lasten der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung und -226.000 zu Lasten der Nebenjobs. Die hinsichtlich der geringfügigen Beschäftigung insgesamt am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige waren das „Gastgewerbe (I)“ mit -260.000, die „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen; Kunst, Unterhaltung und Erholung (R, S)“ mit -78.000, die „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (N, ohne Arbeitnehmerüberlassung 782 und 783)“ mit -40.000, die „privaten Haushalte (T)“ mit -30.000 sowie der „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz (G)“ mit -25.000 geringfügig Beschäftigten.

Da das Infektionsgeschehen derzeit wieder ansteigt und wesentliche Einschränkungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens mindestens bis in den April 2021 beibehalten werden, ist eine merkliche Erholung auf dem Arbeitsmarkt vorerst nicht zu erwarten.